



NR°2  
April 2017

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Maura Schnegg

## ZWEIMAL JA ZU NEUER ENERGIE UND NACHHALTIGER REFORM

..... An ihrer 98. ordentlichen Delegiertenversammlung 2017 in Luzern LU haben die Delegierten der EVP Schweiz deutlich ja zur Energiestrategie 2050 gesagt. Zudem stimmten sie grossmehrheitlich einer Reform ihrer leitenden Parteigorgane zu.

«Es bleibt Konsens der Mehrheit, dass man die Energiewende will, dass man den Ausstieg aus der Atomenergie will und dass man den Umbau auf erneuerbare Energien will. Und dies alles mit Anreizen zum Energiesparen und zu mehr Energieeffizienz. Wenn wir diesen Weg mittragen wollen, dann müssen wir für die Energiestrategie stimmen», brachte EVP-Nationalrätin Maja Ingold die Argumente für die Energiestrategie 2050 auf den Punkt. Gemessen an den energiepolitischen Zielen der EVP genügt die Strategie zwar noch nicht. Insbesondere bezüglich der Betriebskonzepte und der Laufzeiten der AKW, aber auch im Hinblick auf den Zielkonflikt Nutzen versus Natur- und Landschaftsschutz kann die EVP noch nicht zufrieden sein. «Aber das jetzt zur Abstimmung stehende Paket schlägt doch einige wichtige Pflöcke ein für diese erste Etappe des energetischen Umbaus in der Schweiz», plädierte Maja Ingold für die Zustimmung. Es brauche allerdings noch weitere Schritte wie z.B. ein Klima- und Energie-

lenkungssystem, um eine sichere, saubere, möglichst inländische und bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen. Mit 78 Ja- zu 2 Nein-Stimmen sprachen sich die Delegierten für ein Ja zur Energiestrategie 2050 aus.

Mit einer Reform ihrer leitenden Organe legte die EVP Schweiz im Anschluss den organisatorischen Boden für ihren Strategieprozess im Hinblick auf ihr 100jähriges Jubiläum und die Nationalratswahlen im Jahr 2019. Die Teilrevision der Statuten verschlankt die Organe und definiert die strategischen und operativen Entscheidungskompetenzen neu. Sie zielt darauf ab, den Politikentwicklungsprozess zu fokussieren sowie die aktive Teilnahme der Mitglieder zu erhöhen. Die Delegierten stimmten der vom Zentralvorstand vorgeschlagenen Statutenrevision grossmehrheitlich zu.

.....  
**VON DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP**  
[dirk.meisel@evppe.ch](mailto:dirk.meisel@evppe.ch)  
.....

### REFORM I

3 - 5

Schlagkräftig und schlank: Wer wie die EVP Schweiz demnächst 100 wird, sollte sich fit halten.



### REFORM II

4 - 5

Die Energiestrategie 2050 stellt niemanden zufrieden und ist nur ein erster Schritt. Weshalb wir ihn dennoch gehen sollten.

### REFORM III

8

Die EVP Zürich ist bereits 100 - und hat ihre Verjüngungskur schon hinter sich.

## EDITORIAL



### Von Werten und vom Handeln

Über die Bedeutung von Werten nachzudenken, darüber zu reden und zu schreiben, ist zur Zeit ziemlich IN. Viele tun es. Kirchen, besonders jetzt im Rahmen des Reformationsjubiläums, religiöse Gemeinschaften, Wirtschaftsethiker, Unternehmerinnen und Unternehmer, Bildungsinstitute

und nicht zuletzt fast alle politischen

Parteien. Hat die Tatsache dass Werte (wieder einmal) auf breiter Basis zur Debatte stehen, vielleicht mit der aktuellen globalen gesellschafts-, finanz-, sozial- und realpolitischen Situation zu tun? Gut möglich.

Für die EVP gehört das Bekenntnis zu den christlichen Werten zur eigenen Identität und steht seit bald 100 Jahren für Gewissen über Interessen und für eine Politik mit Kopf, Hand und Herz. Wenn meine Wertvorstellungen, also die für mich zählenden christlichen Werte, ihre erstrebenswerte Attraktivität verlieren sollten, meine Handlungsmuster nicht mehr beeinflussen würden und als Grundlage meiner praktischen, sittlichen und charakterlichen Ideale wegfallen sollten, wäre auch mein politischer Auftrag obsolet.

Gott sei Dank steht das nicht zur Debatte. Im Gegenteil: Die Geschäftsleitung der EVP CH hat vor kurzem die Themen wie ethisches Unternehmertum, das Zusammenspiel von Religion, Kultur und Gesellschaft, der Kampf gegen das Ausbeuten von Menschen und den Umgang mit dem Alter ganz vorne auf die politische Agenda gesetzt. Wenn Sie gerne an diesen wichtigen und hochaktuellen Themen mitdenken und -arbeiten möchten, sind Sie herzlich eingeladen, die gemeinsame Suche nach Handlungsfeldern und lösungsorientierten Handlungsansätzen zu intensivieren. Darauf freue ich mich. Denn so bekommt das Bekenntnis zu unseren Werten, bekommt das Evangelium lebendige Hände und Füsse.

Herzlich Ihre

Marianne Streiff  
Präsidentin der EVP Schweiz

## EVP AUF SOCIAL MEDIA

[www.facebook.com/evppev](http://www.facebook.com/evppev)

[@evppev](https://twitter.com/evppev)

## PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 18. März in Luzern für die Volksabstimmung vom 21. Mai 2017:

**ENERGIEGESETZ (EnG)**  
**(«ENERGIESTRATEGIE 2050»)** **JA**

## O-TON

Artikel von Stefan Hotz über die EVP ZH

**«Die Kleinpartei glaubt an ihre Zukunft. Sie tut dies, das der zweite Eindruck, selbstbewusst und ohne jede Verbissenheit.»**

NZZ online vom 15. März 2017

Stefan Hotz im gleichen Artikel

**«Die EVP ist kein Fels in der politischen Landschaft, aber der Stein im Schuh der grossen Parteien.»**

NZZ online vom 15. März 2017

Nochmals Stefan Hotz

**«Die EVP schiebt nicht mit ideologischen Parolen auf den Wahlerfolg, sie will mit anderen zusammen etwas erreichen.»**

NZZ online vom 15. März 2017

Anzeige



### Helfen und Sinn stiften

Ihr Legat oder Ihre Spende helfen, dass wir unsere Arbeit unter den Ärmsten weiterhin tun können. Verlangen Sie unseren Testaments-Ratgeber.

Hohlstrasse 192, 8004 Zürich, Tel. 043 336 50 80  
[www.swsieber.ch](http://www.swsieber.ch), [info@swsieber.ch](mailto:info@swsieber.ch), Spendenkonto 80-40115-7



**Sozialwerke Pfarrer Sieber**  
auffangen – betreuen – weiterhelfen



# SCHLANK UND SCHLAGKRÄFTIG INS NÄCHSTE JAHRHUNDERT



Von welcher Altersvorsorge wird meine Generation leben? Gibt's in 35 Jahren die AHV noch und werde ich auch noch von ihr profitieren dürfen? Und überhaupt, wie wird die Schweiz zu diesem Zeitpunkt aussehen in Anbetracht aller aktuellen und bevorstehenden Herausforderungen? Sie entspricht mir nicht sehr, die von Unsicherheiten und Ängsten geprägte Sicht auf die Zukunft – wenn auch die Themen mit Respekt anzugehen und die Fakten teilweise durchaus ernüchternd sind. Vielmehr bevorzuge ich es, Bevorstehendes positiv anzupacken und hoffnungsvoll nach vorne zu blicken. Gerade als Christen schöpfen wir doch aus dem Vorbild von Jesus Christus Hoffnung und Zuversicht. Er ist es, der einen Plan mit uns hat und uns Zukunft und Hoffnung schenkt. Mehr denn je braucht unsere Welt und unser Land eine positive, verheissungsvolle und konstruktive Perspektive. Und genau darin liegt unser Auftrag: Den Menschen Hoffnung geben, indem wir Programme und Lösungen erarbeiten, die auf ihre Ängste und Unsicherheiten antworten und die eine attraktive und erstrebenswerte Zukunft aufzeigen, für die wir gemeinsam eintreten und kämpfen wollen.

Herzlich  
Dominik

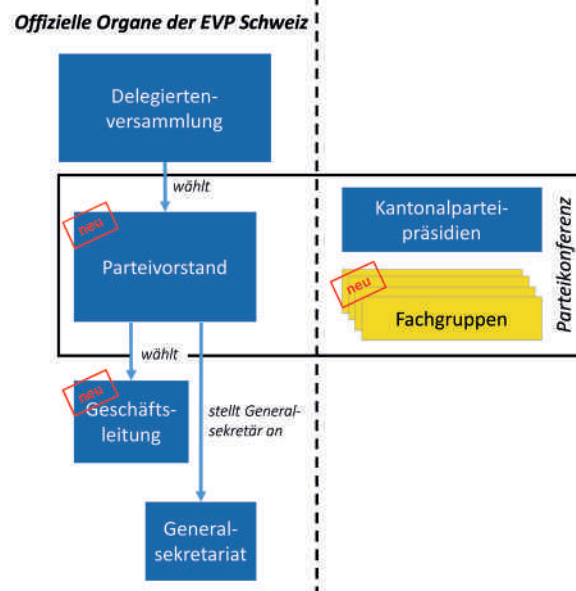
**DOMINIK WÄHRY,**  
**GENERALSEKRETÄR EVP CH**  
dominik.waehry@evppev.ch

Mit der Verabschiedung der revidierten Statuten, welche die leitenden Organe der EVP Schweiz neu zusammensetzen, haben die Delegierten nicht nur die notwendige Verschlan-  
kung der Gremien entschieden. Vielmehr wurde damit auch die Basis gelegt, die bestehenden Ressourcen und Kräfte fokussierter zu nutzen. Der deutlich schlanker gewordene Parteivorstand soll vor allem schlagkräftiger, speditiver und effizienter arbeiten können. Er übernimmt die Aufgaben des bisherigen Zentralvorstands und wird explizit für die Strategie der Partei verantwortlich sein. Die Geschäftsleitung wird künftig deutlich enger zusammenarbeiten und besteht aus Verantwortlichen, die auch täglich mit dem operativen Geschäft der Partei konfrontiert sind. Als politische Partei ist es für die EVP das Wichtigste, ein erkennbares Profil und eine klare inhaltliche Ausrichtung zu haben. Diese ist in unserem Parteiprogramm und an unserer einzigartigen Rolle als ausgewogener Mittepartei erkenn-

bar. In einigen Themen stehen wir anderen Parteien ziemlich nahe und unterstützen diese in gemeinsamen Anliegen, so zum Beispiel in Umwelt- und Energiethematen mit den Grünen. Es gibt aber Themen, die aus Sicht der EVP nicht oder nicht ausreichend politisch bearbeitet werden. Anhand von vier Schwerpunktthemen (siehe S. 4-5), die kompetente Fachgruppen aufgreifen und vertiefen, werden wir diese konkretisieren. Themen und Anliegen, auf die wir proaktiv aufmerksam machen, die Themenführerschaft übernehmen und mit denen wir die Schweizer Gesellschaft politisch mitgestalten wollen. Damit verbunden ist auch die Zielsetzung, die Parteimitglieder stärker zu involvieren: Sie erhalten die Möglichkeit und werden ermutigt, vermehrt politisch inhaltlich mitzuarbeiten und das Gesicht der Partei zu zeichnen. Mindestens einmal jährlich wird neu eine Parteikonferenz zwischen dem Parteivorstand, den Kantonalparteipräsidenten und den Fachgruppenverantwortlichen stattfinden.

Sie stellt als strategisches Soundingboard zusätzlich zur Vertretung im Parteivorstand sicher, dass die Kantonalparteien auch künftig ein gewichtiges Wort mitreden. Für eine erfolgreiche strategische Ausrichtung und Zusammenarbeit ist genau dieses Zusammenspiel zwischen Parteileitung, politisch inhaltlicher Kompetenz und Parteibasis entscheidend. Im Kanton Zürich und in der Stadt Bern wird die EVP dieses Jahr 100-jährig. 2019 ist es als nationale Partei Zeit zu feiern. Zur Vorbereitung eines solchen Jubiläums gehört auch, die Weichen für das nächste Jahrhundert zu stellen. Mit den getroffenen Entscheidungen und den eingeleiteten Veränderungen kommen wir dieser Zielsetzung näher: Wir schärfen unser Profil, intensivieren die politisch-inhaltliche Arbeit, verstärken unsere Basisarbeit und werden handlungsfähiger.

**VON DOMINIK WÄHRY,**  
**GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ**  
dominik.waehry@evppev.ch



Schlanker und schlagkräftiger: Die neuen Parteigremien der EVP Schweiz

## GESELLSCHAFT, KULTUR UND RELIGION

Welche Antworten hat die Politik auf die Herausforderungen, die eine zunehmend heterogene Gesellschaft für das gemeinsame Miteinander, die Kultur in unserem Land und die Religionen mit sich bringt?

**W**ir leben gerne in der Schweiz. Der Ort mitten in Europa, wie ihn die Natur erschaffen hat, gefällt uns. Das reicht aber nicht. Wichtig ist unsere Kultur, die Menschen gestaltet haben. Es ist ein System von Regeln und Gewohnheiten, welches das Zusammenleben und Verhalten der Menschen leitet, wie die Sprache, das Recht, die Wirtschaft, aber auch die Moral und die Religion. So arbeiten die meisten Menschen am Sonntag nicht, dafür erklingen Kirchenglocken und rufen zum Gottesdienst. Nun verändert sich die Gesellschaft. Sie wird bunter und unter uns wohnen Menschen aus Ländern, in denen der Muezzin zum Gebet ruft. Burka-Tragen, Islam als Landeskirche, staatliche Imamausbildung? Haben

diese Menschen in der Schweiz das gleiche Recht oder müssen sie sich unserer Kultur anpassen? Da stehen wir vor einem Dilemma. Meinungs- und Religionsfreiheit sind ein wichtiger Teil unserer Kultur. Damit wir miteinander sprechen können, brauchen wir eine gemeinsame Sprache. Um in Frieden zusammenleben zu können, brauchen wir mehr, ein System von Regeln und Gewohnheiten. Immer mehr Menschen sehnen sich danach und erwarten eine Antwort von der Politik. Dies ist keine leichte Aufgabe. Der Philosoph Willi Oelmüller bezeichnete die Politik als «all das, was handelnde und leidende Menschen und soziale Gruppen ... tun müssen und tun können, wenn sie streiten um die öffentliche Anerkennung sowie um die Durchsetzung ihrer

Vorstellungen vom Überleben und vom guten Leben.» Was bringt die EVP mit ihrer Politik auf der Basis des Evangeliums in diese Diskussion ein? Die Vorstellung, Religion und Staat vollkommen trennen zu können, entpuppt sich immer mehr als Schönwettertheorie einer religiös homogenen Gesellschaft. Den Schritt zurück

in die Zeit vor der Aufklärung dürfen wir aber auch nicht tun. Der Weg geht nach vorne. Eine Kultur verändert sich immer. Hier ist politische und religiöse Kompetenz gefragt.

VON ROLAND BIALEK  
EVP AG  
roland.bialek@bluewin.ch



## FAIRES UNTERNEHMERTUM

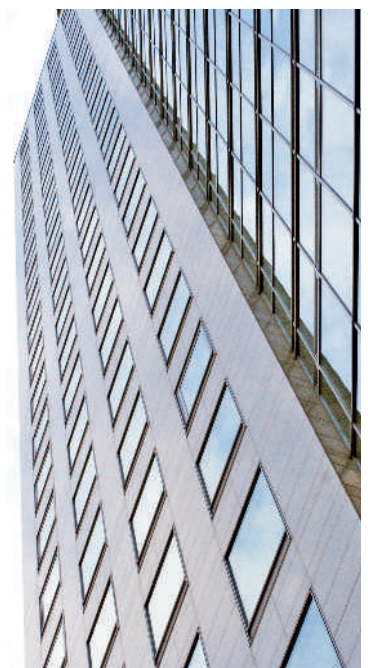
Profit und Moral – geht das zusammen? Die Frage muss eigentlich lauten: geht das Eine überhaupt ohne das Andere? Nicht, wenn Unternehmer nachhaltig und mit sozialer Verantwortung unterwegs sein wollen.

**O**b ich als Privatkunde oder Unternehmer Waren oder Dienstleistungen einkaufe oder verkaufe, ist nicht von Bedeutung. Wenn ich mein Gegenüber als gleichwertigen Menschen sehe, nütze ich ihn nicht aus. Der einzige Unterschied ist, dass ich als Unternehmer viel öfter kaufe und verkaufe. Auch die Beträge sind in der Regel grösser. Die Versuchung ist vorhanden «etwas mehr» aus diesen Transaktionen zu machen. Geschäftsprinzipien und vereinbarte Regeln können eine grosse Hilfe sein. Als junger Unternehmer hatte ich ein paar Mal eine Anfrage für Schwarzgeldzahlungen. Auf den ersten Blick ist das schon verführerisch: Keine Mehrwertsteuer und keine Einkommenssteuer.

Das Risiko war im Schatten des damaligen Bankgeheimnis sehr gering. Da wir grundsätzlich solche Zahlungen nicht akzeptierten, war es für mich einfach, nein zu sagen. Hast du einmal nein gesagt, fragt dich dieser Kunde nie wieder an, und die Sache ist erledigt. Für mich bedeutet ethisches Handeln auch gottesfürchtiges Handeln. Wenn wir mit unserer Arbeit Gott dienen wollen, werden Geld oder andere Versuchungen nicht so einfach unser Herz überwachen. Trotzdem, wir werden immer wieder Entscheidungen zu treffen haben. Nicht immer werden wir richtig handeln. Wir dürfen Vergeltung beanspruchen und – wo möglich – die Sache wieder in Ordnung bringen. Christen sind nicht bessere Unternehmer,

aber hoffentlich demütigere. Die Ungewissheit, die wir als Unternehmer aushalten müssen, treibt mich immer wieder ins Gebet. Und das ist die richtige Quelle für ethisches Unternehmertum. Welche gesellschaftliche Verantwortung erwächst daraus? Welche Rahmenbedingungen braucht es, damit Unternehmen diese wahrnehmen können? Angefangen bei gerechten Steuersystemen, aber auch Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Bedingungen, für nachhaltiges, ressourcenschonendes, korruptionsfreies und faires Wirtschaften, Produzieren und Finanzieren, für eine faire Betriebsorganisation, für nachhaltigen Fortschritt und Innovation?

VON MARKUS WENGER  
EVP BE  
mw@wenger-fenster.ch





## GENERATIONENPOLITIK UND ENKELTAUGLICHKEIT

Wie reagieren wir auf Arbeitnehmende, die zunehmend länger im Arbeitsprozess stehen? Brauchen wir eine neue Alterspolitik oder besser eine Generationenpolitik? Was ist wirklich «enkeltauglich»?

Es sind eigentlich gute Botschaften: Wir leben immer länger und gewinnen sozusagen eine neue Generation bei durchschnittlich guter Gesundheit, das 3. Alter. Die wachsende Zahl der «Golden Agers» entfaltet ein wunderbares Potenzial an Lebens- und Berufserfahrung für das Wohl der Gesellschaft, ver-

bunden mit Weisheit und freier Zeit. Alles richtig, ein Segen für die Gesellschaft, aber danach kommt dann doch noch das 4. Alter. Man ist dann hochbetagt, die Gebrechlichkeit nimmt zu, die Auseinandersetzung mit der Fragilität und dem Angewiesensein auf Unterstützung wird unvermeidlich. Die Politik befasst sich mit

vielerlei Themen, die im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung entstanden sind: Das betreute Wohnen, die Finanzierung der teuren Pflege im Heim, die Unterstützung für pflegende Angehörige. Generationenprojekte in Schulen, Krippen im Quartier. Hochbetagte chronisch Kranke im Spital, Übergangspflege und Langzeitpflege. Zeittauschmodelle, Renten und Alterssicherung. Demenzstrategie, PalliativCare, Sterbebegleitung, Patientenverfügung. Das Verhindern von Altersarmut und Vereinsamung und so weiter. Aber was es wirklich heisst, dass vier Generationen einen Platz in der Gesellschaft beanspruchen, der wertgeschätzt wird, dass eine 4. Generation nicht nur als Last und Kostenfaktor wahrgenommen werden möchte, dafür hat die Politik bisher wenig Konzepte.

Was heisst eigentlich genau «enkeltauglichkeit»? Wie reagiert die Wirtschaft auf Arbeitnehmende, die zunehmend länger im Arbeitsprozess stehen? Was fördert Lebensqualität im Alter? Was löst der Trend zum «selbstbestimmten» Sterben aus? Haben wir eine Sterbekultur, wie es andere Religionen pflegen, oder sind wir als Christen gefragt, eine zu entwickeln? Brauchen wir nicht eine wirkliche Alterspolitik, mehr noch: eine Generationenpolitik?

VON MAJA INGOLD  
EVP-NATIONALRÄTIN, ZH  
maja.ingold@parl.ch



Fotos Seiten 4 und 5: pixabay

## MENSCHENHANDEL UND AUSBEUTUNG

Es gibt weltweit unzählige Situationen, in denen Menschen ausgebeutet werden. Sie alle gehen uns in der Schweiz etwas an. Und in jedem Fall müssen sie bekämpft werden. Hier nur vier Beispiele:

In der dritten Welt: 800 Millionen Mitmenschen leben auf der südlichen Erdhalbkugel in extremer Armut, unterernährt und ausgebeutet. Und wir wundern uns, wenn sie als Flüchtlinge nach Europa streben und dafür oft ihr Leben lassen. Arbeitsausbeutung in der

Schweiz: Auch in der Schweiz werden Menschen wegen ihrer Arbeitskraft ausgebeutet. Die Gefahr dafür besteht insbesondere im Hauswirtschaftsbereich, in der Hotellerie, der Gastronomie, im Baugewerbe und in der Landwirtschaft. Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung:

Es ist die bekannteste und international meist diskutierte Form des Menschenhandels, auch wenn die Erkenntnisse über Ausmass und Ausprägung des Phänomens nach wie vor nur zum Teil vorhanden sind. Ausbeutung von Kindern: Sexuelle Gewalt gegen Minderjährige passiert täglich. Die Täter und Täterinnen sind oft Menschen, denen die Opfer vertrauen – und von denen sie abhängig sind: Verwandte, Bekannte oder Personen aus dem nahen Umfeld. Wir wollen auf Ungerechtigkeiten hinweisen und Lösungsansätze suchen!

VON MARIANNE STREIFF  
EVP-NATIONALRÄTIN, BE  
marianne.streiff@parl.ch

### MACH MIT! NR.1

Du bist auf einem der genannten Themen fachlich kompetent oder hast eine grosse Affinität zum Thema? Du hast Ideen, weitere wichtige Aspekte, die zum Thema gehören oder gar Lösungsansätze? Du brennst darauf, die Schweiz in diesen Themen mitzugestalten und die EVP politisch voranzubringen? Du bist Mitglied der EVP und willst in einer dieser Fachgruppen mitarbeiten und so die Politik der EVP mitgestalten? Dann melde dich umgehend bei: dominik.waehry@evppev.ch





Interpellation  
von Maja Ingold

**Wirtschaftssanktionen  
gegen Syrien**

Maja Ingold regt in einer Interpellation an, den Nutzen der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien und deren Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung systematisch zu überprüfen. Laut eines Berichts der Vereinten Nationen erschweren die Wirtschaftssanktionen humanitäre Hilfslieferungen und ziehen vernichtende wirtschaftliche Folgen für die Bevölkerung nach sich. Sie erreichen jedoch keinerlei Verbesserungen für das syrische Volk, sondern tragen vielmehr zur Massenauswanderung nach Europa bei.

Motion  
von Marianne Streiff

**Fairness für Konsumenten,  
Schutz für die Umwelt**

Produkte sind heute oft nicht so konstruiert, dass sie möglichst lange halten. Dies hat zur Folge, dass Produkte kurz nach Ablauf der Gewährleistungsfrist von heute zwei Jahren einen Defekt aufweisen, was die Konsumenten zu einem Neukauf zwingt. Die Motion fordert den Bundesrat auf, im Obligationenrecht die vorgeschriebene Garantiezeit und Gewährleistung für Produkte auf fünf Jahre zu erhöhen. Das schont die natürlichen Ressourcen, verhindert Abfall und erhöht Zufriedenheit und Kaufkraft der Schweizer Konsumenten.

# FÜR DIE RENTENREFORM UND GEGEN HASS PREDIGENDE IMAME

Das Legislaturgeschäft des Jahrzehnts, die Reform der Altersvorsorge, dominierte die diesjährige Frühjahrsession. Daneben ging es um Geldspielgesetz, Pariser Klimaabkommen oder die Rolle der Imame im Kampf gegen die Radikalisierung muslimischer Jugendlicher.

Das Ringen um die Reform der Altersvorsorge 2020 ging in der Frühjahrsession in die entscheidende Runde. Dann endlich der Antrag der Einigungskonferenz im Plenum des Nationalrates: Nie ist in all den Jahren die Spannung und der Druck grösser gewesen, ob die erforderlichen 101 Stimmen des qualifizierten Mehrs zustande kommen werden. Bundesrat Berset's Rede ist von einer fast beklemmenden Eindringlichkeit. Der Atem wird angehalten beim Abstimmungsbild: Es sind genau 101 Ja-Stimmen!

In der Schlussabstimmung verabschiedet der Nationalrat mit 100 zu 93 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat: 27 zu 18 Stimmen) schliesslich das Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020. Damit kann das Frauenrentenalter auf 65 erhöht, der Umwandlungssatz in der 2. Säule gesenkt und die AHV-Neurenten um 70 Franken erhöht werden. Auch der Eheplafond wird auf 155 Prozent angehoben. Und: es gibt keine automatische Erhöhung des Rentenalters auf 67.

Mit nahezu gleichem Resultat stimmten die Räte auch der Zusatzfinanzierung der AHV zu: Die Mehrwertsteuer wird um 0.6 Prozent erhöht. Für die EVP war von Anfang an klar, dass sie die entsprechenden Entscheide der Einigungskonferenz mittragen würde. Auch wenn dieser politische Kompromiss deutliche Abstriche an der Enkeltauglichkeit und der nachhaltigen Finanzierung der Reform bedeutet: Es musste verhindert werden, dass die Renten sinken und vor allem, dass das Reformwerk vor

dem Volk scheitert. Auch die anderen zur Diskussion gestandenen Alternativen hätten den nachkommenden Generationen nicht genügend Rechnung getragen. Und vor allem: Keine Reform wäre allemal teurer geworden, als der jetzt vorliegende erste Reformschritt. Ihm werden allerdings in den nächsten Jahren weitere folgen müssen. Das Volk wird im September das letzte Wort haben.

**Mehr Geld für die Pflege  
schwerkranker Kinder**  
Ebenfalls in dieser Session hat

TOTAL / TOTALE	
Ja / Oui / Si	101
Nein / Non / No	91
Enth. / Abst. / Ast.	4

Der Atem im Saal stand still: Würden die erforderlichen 101 Stimmen zusammen kommen?

**IMPRESSUM**

**AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**  
Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr  
**Herausgeber:** EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch  
**Redaktion und Grafik:** Dirk Meisel (dm)  
**Adressen und Aboverwaltung:** Sara Schnegg  
**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:** Martin Aeschlimann, Roland Bialek, Maja Ingold, Peter Schäppi, Marianne Streiff, Dominik Währy, Markus Wenger, Ellen Tedaldi (Lektorat)  
**Druck und Vertrieb:** Jordi AG, Belp  
**Copyright:** Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet

ClimatePartner  
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

**TERMINE 2017**

- 02.05. - 05.05. Sondersession des eidg. Parlaments
- 05.05. KMU-Forum, Job Factory AG Basel
- 13.05. Kadertag, Bundeshaus Bern
- 21.05. Eidgenössische Volksabstimmung
- 29.05.- 16.06. Sommersession des eidg. Parlaments



## AUS DEM BUNDESHAUS

nach dem Nationalrat nun auch der Ständerat einer Gesetzesänderung zugestimmt, die es ermöglicht Eltern, die ein schwerkrankes oder schwerbehindertes Kind zu Hause pflegen mit höheren Beiträgen zu entschädigen. Dafür hat sich die EVP seit jeher eingesetzt. In der Schlussabstimmung beschloss der Nationalrat mit 197 zu 0 Stimmen die Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes.

Foto: pixabay



### Mehr Angebot nicht ohne mehr Sozialschutz

Mit 130 zu 54 Stimmen verabschiedete der Nationalrat nach intensiver Debatte das neue Geldspielgesetz. Die EVP hatte von Anfang an ein gebrochenes Verhältnis zur Vorlage, die das Geldspielangebot ausweitet, um mehr Erträge für die Casinobranche und den Staat zu ermöglichen. Denn der Nutzen der gemeinnützigen Beiträge aus den Erträgen des Geldspiels für Kultur, Sport und Soziales wird faktisch aus der Spielsucht generiert. Unbestritten war es deshalb für die EVP, alle Artikel zu unterstützen, die die Prävention, den Sozialschutz, die Bekämpfung der Spielsucht und ihrer Folgen substantiell stärken – leider ohne Erfolg. Die EVP hätte den Bundesrat gerne mittels einer Rückweisung der Vorlage beauftragt, eine wirklich zukunftsgerichtete Alternative zu entwickeln. Anstelle des verabschiedeten

### Erfolgreiches Postulat Ingold: Nationalrat will Massnahmen gegen die Radikalisierung jugendlicher Muslime durch Imame

Abschottungsmodells mit Online-Konzessionen exklusiv für Schweizer Spielcasinos und Online-Sperren gegen die ausländische Konkurrenz könnte ein offenes Online-Konzessionsmodell treten mit Sozialschutz und Steuerabgabeverpflichtung für alle Anbieter. Ein entsprechender Antrag auf Rückweisung wurde jedoch abgelehnt.

### Für eine enkeltaugliche Klimapolitik

Den Entscheid des Nationalrates, das Klimaübereinkommen von Paris zu ratifizieren, trug die EVP vollumfänglich mit. Sie ist auch dafür, das Reduktionsziel der Schweiz für Treibhausmissionen bis 2030 auf 50 Prozent gegenüber 1990 festzulegen.

### Gegen die Radikalisierung jugendlicher Muslime

Der Nationalrat hat mit 90 zu 87 Stimmen gegen den Widerstand der SVP ein Postulat von Maja Ingold angenommen. Die Postulantin bittet darin den Bundesrat, Massnahmen für Ausbildungsvoraussetzungen der Imame in der Schweiz aufzuzeigen. Diese Massnahmen sollen muslimische Jugendliche vor islamistischer Missionierung schützen und das Integrationspotenzial der Imame nutzen. «Was in manchen Moscheen abgeht und unsere Rechtsauffassungen sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt torpediert, wollen wir nicht hinnehmen. Da hat Religionsfreiheit ihre Grenzen. Hier müssen wir schnell und konkret Gegensteuer geben», zeigte Maja Ingold vor dem Rat den dringlichen Handlungsbedarf auf. Sie sieht in den Imamen Schlüsselfiguren und Multiplikatoren für ein gelingendes Zusammenleben zwischen den Religionen. Als Autoritäten und geistliche Betreuungspersonen trügen sie in hohem Masse zur friedlichen Koexistenz oder aber zur Kultivierung von Parallelgesellschaften bis hin zur Jihad-Mission bei.

## FORTSETZUNG

Interpellation von Marianne Streiff

### Dolmetscher verhindern Folgekosten

Mit einer Interpellation für eine verbesserte Finanzierung interkultureller Dolmetscher will Marianne Streiff ausgewiesene Lücken in der psychiatrischen Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund schliessen. Weil vielerorts die Finanzen für interkulturelle Dolmetscher fehlen, können die behandelnden Ärzte nur eingeschränkt mit ihren Patienten kommunizieren. Ungenügende oder gar fehlende psychiatrische Behandlungen und Therapien können zu einem markant erhöhten Gesundheitsrisiko im psychosomatischen Bereich führen – mit entsprechenden erheblichen Kostenfolgen.

Interpellation von Marianne Streiff

### Bundesrat erleichtert Trauerarbeit

Vor mehr als zwei Jahren reichte Marianne Streiff ein Postulat zur «Verbesserung der Rechtslage für Totgeborene» ein. Der Bundesrat befürwortete in seinem Bericht das Anliegen, dass Eltern bei einer Fehlgeburt in Zukunft die Möglichkeit haben sollen, die Geburt beim Zivilstandsamt im Personenstandsregister eintragen zu lassen. Dies kann die Trauerarbeit der Eltern erleichtern und dazu beitragen, die Formalitäten rund um eine allfällige Bestattung zu vereinfachen. Die Möglichkeit dazu wird nun im Rahmen bereits laufender Projekte geschaffen. Auch bestand bisher eine Ungleichbehandlung von Fehlgeburten gegenüber Totgeburten in Bezug etwa auf den Mutterschaftsurlaub oder die Spitalkosten.

Anzeige

**Huwa**  
100 Jahre  
Sanftes Waschen – Ihrer Wäsche zuliebe  
R. HUNZIKER AG  
Waschmaschinen-fabrik  
5728 Gontenschwil  
Tel. 062 773 11 70  
www.huwa.ch

VON MARIANNE STREIFF  
marianne.streiff@parl.ch

UND MAJA INGOLD  
maja.ingold@parl.ch

WWW.EVPEV.CH/  
SESSIONSBERICHTE

# «DIE ENERGIEWENDE MUSS MENTALE SPERREN ÜBERWINDEN»

Am 21. Mai stimmen wir über das neue Energiegesetz ab. Aus Sicht der Gegner zerstört die «Energiestrategie 2050» die bewährte Energieversorgung der Schweiz. Für Martin Aeschlimann dagegen hat sie das Potenzial, mit der notwendigen Energiewende einen entscheidenden Schritt vorwärts zu machen.



**MARTIN AESCHLIMANN, 50**  
 wohnhaft in Burgdorf, Inhaber eines Architekturbüros, verheiratet, Vater von 4 Söhnen, Grossrat Kanton Bern, Mitglied der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission, Vorstand EVP Burgdorf, MINERGIE-Fachpartner, GEAK-Experte, Mitarbeit bei Bau- und Energiegesetzgebungen  
 ma@aeschlimann-architekten.ch

## Martin, zunächst einmal: Worum geht es eigentlich bei der Energiestrategie 2050?

Die Energiestrategie 2050 steckt mit langfristigen Zielen die Eckwerte für die Energiezufuhr der Schweiz ab. Ihr erstes Massnahmenpaket, über das wir im Mai abstimmen, bildet dafür eine wichtige Grundlage. Es enthält bewährte Elemente, die die Kontinuität in der Energiepolitik garantieren. Die Energiestrategie 2050 zielt im Wesentlichen auf einen zusätzlichen Ausbau erneuerbarer Energien, eine Stärkung der Energieeffizienz und einen Ausbau des Gebäudesanierungsprogramms ab.

## Der Energieverbrauch soll ja bis 2035 um 43 Prozent sinken – wie soll das funktionieren?

Das sind keine naiven Zahlen von Phantasten. Das Redukti-

onsziel basiert auf umfangreichen technischen Modellrechnungen des Bundesamtes für Energie BFE, konkret auf dem Energieszenario «neue Energiepolitik». Das grösste Potenzial liegt dabei in der Mobilität und den Gebäuden. Mit einem Anteil von rund 46 % am inländischen Energieverbrauch spielt der Gebäudepark eine Schlüsselrolle. Beim Verbrauch fossiler Energien beträgt der Anteil der Gebäude 49 % und beim Elektrizitätsverbrauch 37

**Die Gegner führen an, dass die erneuerbaren Energien auf absehbare Zeit nicht in der Lage seien, genügend sichere und günstige Energie zu liefern, um die Kernenergie zu ersetzen.**

Die Gegenfrage sei erlaubt, wie sicher und günstig denn Kernenergie ist? Die Rückbau- und Endlagerkosten, aber auch die Risiken eines atomaren Unfalls werden von der Allgemeinheit getragen. Rechnen wir richtig,

erscheint realistisch. Die Kurve des Wachstums der erneuerbaren Energien (Biomasse, Sonne, Wind) zeigt steil nach oben. Im 2015 lieferten die Erneuerbaren, ohne die Wasserkraft, erstmals rund 2.83 TWh, fast gleich viel wie das AKW Mühleberg (2.94 TWh). Eine grosse Bedeutung wird jedoch der Speicherung zukommen, wenn die Bandenergie der AKW entfällt. Die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien muss möglichst dort, wo sie anfällt, konsumiert



«Im Gebäudepark der Schweiz liegt ein riesiges Energiesparpotenzial!»

% Die Quote der energetischen Sanierungen am bestehenden Gebäudebestand liegt bei tiefen 0,9 %. Es gibt heute noch zu wenig Anreize, Gebäude energetisch zu sanieren. Wenn heute jemand an der Bahnschranke den Motor laufen lässt, fällt das auf. Von den schlecht gedämmten Häusern, die still und leise wertvolle Energie verschleudern, nimmt man noch keine Notiz. Im Gebäudepark der Schweiz liegt somit ein riesiges Energiesparpotenzial.

sind sowohl fossile Energie wie auch Atom bereits heute teurer als die Erneuerbaren. Die Energiestrategie sieht einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie vor. Die AKW gehen am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer vom Netz. Das letzte AKW soll voraussichtlich nach 50 Betriebsjahren im Jahr 2034 abgeschaltet werden. Die Wasserkraft und die neuen erneuerbaren Energien sollen gefördert und ausgebaut werden. Das Szenario

werden. Die Speichertechnologien dazu sind heute verfügbar, bezahlbar und werden zusehends günstiger. Damit kann ein Haus oder eine Wohnung praktisch energieautark betrieben werden.

**Wird nicht die wegfallende Atomenergie durch «schmutzige» Energie aus konventionellen Energieträgern oder sogar Atommeilern aus dem Ausland ersetzt?**

Es gibt Alternativen. Die inlän-



dischen Stromproduzenten sind heute schon an vielen europäischen erneuerbaren Kraftwerken beteiligt. Zudem können die Kunden, auch die Grossverbraucher, entscheiden, welchen Strom sie beziehen wollen. Wenn private Konsumenten und Industrie sich für die einheimischen Erneuerbaren entscheiden, fördert dies deren Zubau. Für die Bewilligung, Finanzierung und Erstellung der nötigen Anlagen braucht es allerdings Zeit. Längerfristig werden Appelle, Anreize und Förderung nicht genügen. Zu gering ist noch der gesellschaftliche Wert von Energie. Zu stark sind Gleichgültigkeit und Reichtum, um unseren verschwenderischen Umgang mit Energie zu ändern. Es braucht längerfristig eine Energie-Lenkungsabgabe, auch wenn diese momentan politisch nicht mehrheitsfähig ist. Ein Lenkungssystem würde den Verbrauch von Energien besteuern. Damit könnten Marktverzerrungen und die heute fehlende Kostenwahrheit korrigiert werden.

**Die Gegner behaupten, dass mit der Energiestrategie 2050 auf die Familien im Land massive Mehrkosten zukommen – bis zu 2400 CHF und mehr pro Jahr für eine vierköpfige Familie.**

Es stimmt, dass zusätzliche Kosten auf uns zukommen. Aber diese sind verkraftbar und können durch mehr Energieeffizienz problemlos kompensiert werden. Die Förderung der einheimischen erneuerbaren Energien und der Stromeffizienz wird über den Netzzuschlag finanziert, den Haushalte und Unternehmen bezahlen. Dieser soll mit dem Energiegesetz von heute 1.5 Rp./kWh auf 2.3 Rp./kWh erhöht werden. Ein Haushalt mit vier Personen und durchschnittlichem Stromverbrauch wird so rund 40 Franken pro Jahr mehr bezahlen müssen als heute. Die volkswirtschaftlichen Kosten für Schäden bei

einem «Weiter wie bisher» sind um ein Vielfaches höher und würden nachfolgende Generationen enorm belasten. Wider besseren Wissens rech-



«Es wird nicht die ganze Schweiz mit Windrädern überstellt.»

net die SVP bei ihren Horrornzahlen die Kosten des zweiten Massnahmenpakets mit ein. Das ist hochgradig unseriös. Erstens ist es sehr unwahrscheinlich, dass die dort aufgeführten Massnahmen überhaupt jemals so beschlossen werden. Bis es soweit ist, haben wir vermutlich ganz andere technologische Möglichkeiten. Zweitens stimmen wir darüber aktuell gar nicht ab.

**Und die Konkurrenzfähigkeit des Gewerbes und der Exportwirtschaft der Schweiz? Wird sie nicht derart leiden, dass Arbeitsplätze und der Wohlstand der Schweiz zerstört werden?**

Gesamtwirtschaftlich gesehen passiert genau das Gegenteil: Wenn nur ein Teil der rund 15 Milliarden, die jährlich für fossile Brennstoffe bezahlt werden, in erneuerbare Energien investiert wird, schafft dies Arbeitsplätze in der Schweiz. Diese Investitionen würden gleichzeitig dazu beitragen, die geopolitischen Risiken und Nebenwirkungen zu verringern.

**Landschaftsschützer befürchten, dass der massive Ausbau**

**der erneuerbaren Energien auf Kosten des Natur- und Landschaftsschutzes gehen wird. Verschandeln dann Windräder die Schweiz und zerstören**

**Staudämme unsere Berggebiete?**

Natürlich kann es zu Zielkonflikten kommen. Allerdings sind die Standorte mit guten Windbedingungen in der Schweiz limitiert. Es wird nicht die ganze Schweiz mit Windrädern überstellt und nicht jeder Alpsee wird zum Speichersee. Ich denke aber, dass zugunsten der Energiewende, die gesellschaftliche Akzeptanz für neue Produktionsanlagen zunehmen wird. Die Unversehrtheit der Landschaft ist ein hohes Gut, die Versorgung mit erneuerbaren Energien ist aber auch ein wichtiges Ziel.

**Welche Alternative bieten die Gegner der Energiestrategie an?**

Ich sehe keine. Jene Kreise, die die politische Unabhängigkeit und den Sonderfall Schweiz beschwören, bekämpfen nun die Energiestrategie. Dabei wird die Auslandsabhängigkeit bei der Energieversorgung durch die Energiestrategie insgesamt kleiner. Die rückwärtsgewandte Optik der Gegner verkennt die technologischen Entwicklungen und Innovationen.

**Die Energiestrategie hat ja im parlamentarischen Prozess ziemlich Federn lassen müssen. Gemessen an den energiepolitischen Zielen der EVP**

**genügt die Strategie nicht – zu viele Forderungen wurden gekippt oder verwaschen. Aus welchen Gründen empfiehlt du, dennoch ein Ja einzulegen?**

Die Energiestrategie 2050 hat das Potenzial, mit der Energiewende einen entscheidenden Schritt vorwärts zu machen. Aus meiner Sicht hat die Energiewende viel mit der Überwindung von mentalen Sperren zu tun. Die Widerstände zeigen, dass die erneuerbaren Energien immer noch an den Bereitstellungsmethoden der konventionellen Energiewirtschaft gemessen werden. Ein System, das darauf konditioniert wurde, ständig mehr Energie für wachsende Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen. Es ist an der Zeit, bisherige Denk- und Verhaltensweisen aufzugeben, um einem neuen verantwortungsvollen Umgang mit Energie Raum zu geben. Oder wie Guiseppe Tomasi so treffend sagte: «Wenn wir wollen, dass alles so bleibt wie es ist, müssen wir zulassen, dass sich alles verändert.»

## AARGAU – PRÄSIDIUMSWECHSEL I



# NEUE TANDEM-SPITZE

Seit April wird die EVP Aargau in einem Co-Präsidium von den beiden Grossräten Therese Dietiker und Roland Frauchiger geführt. Sie traten an der GV Ende März die Nachfolge von Roland Bialek an, der nach 17 Jahren im Amt zurücktrat und für seine Verdienste für die EVP wäh-

rend drei Jahrzehnten herzlich bedankt wurde. Therese Dietiker ist Sozialarbeiterin, Grossrätin und Präsidentin der EVP Aarau. Roland Frauchiger, selbstständiger Interimsmanager, Berater und Coach, ist Grossrat und Gemeindeammann von Thalheim.



Neu im Tandem an der Spitze der EVP Aargau unterwegs: Therese Dietiker und Roland Frauchiger.

## ST. GALLEN – PRÄSIDIUMSWECHSEL II



# NEUAUSRICHTUNG

An ihrer Parteiversammlung Anfang April wählte die EVP des Kantons St. Gallen Daniel Bertoldo, 55, einstimmig zum Nachfolger von Hans Oppliger als Kantonalpräsident. Oppliger war der Partei seit 2012 vorgestanden. Er vertrat die EVP bis 2016 während 14 Jahre im Kantonsrat.

Der vierfache Familienvater Daniel Bertoldo ist Diakon der reformierten Kirchgemeinde St. Gallen C und politisiert seit 2010 im Stadtparlament für die EVP. Zusammen mit dem verkleinerten Kantonalvorstand hat er bereits die strategische Neuausrichtung der EVP SG in Angriff genommen.



Der alte und der neue Kantonalpräsident der EVP St. Gallen: Hans Oppliger und Daniel Bertoldo (v.l.n.r.)

## BASELSTADT – PRÄSIDIUMSWECHSEL III



# NACHFOLGER BEREIT

Die EVP Basel-Stadt wählt an ihrer Jahresversammlung im Mai einen neuen Präsidenten. Designiert als Nachfolger von Urs von Bidder ist Martin Geiser, 53. Urs von Bidder hat sich nach 9 Jahren entschieden, das Präsidium aufgrund zunehmender Doppelbelastung abzugeben. Der promovierte Chemiker und Familienvater Martin Geiser

bringt als ehemaliger Landrat bereits einschlägige politische Erfahrung mit. Alle Amtsträgerinnen und Amtsträger der EVP Basel-Stadt berieten Mitte Februar im Rahmen eines Strategietreffs wichtige Themenfelder wie Gesundheits-/Spitalpolitik, Einsatz für die Familie und christliche Werte.



Der abtretende und der designierte Kantonalpräsident der EVP Basel-Stadt: Urs von Bidder und Martin Geiser (v.l.n.r.)



Erster strategischer Amtsträger/-innentreff der EVP Basel-Stadt

## PARTEISEKRETARIATE

# GEMEINSAM VORDENKEN



Anfang April trafen sich die Sekretariate der Kantonssektionen in der Rämismühle, ZH zum strategischen Gedankenaustausch.

Fotos: ZVG





# 100 JAHRE EVP KANTON ZÜRICH – MIT VOLLDAMPF UND NEUEM LOKFÜHRER IN DIE ZUKUNFT

Am 25. März 2017 feierte die EVP Kanton Zürich in Pfäffikon ZH ihren 100. Geburtstag. Unter dem Titel «Mit Volldampf in die Zukunft» gratulierten rund 200 Gäste der Kantonalpartei zur stolzen Vergangenheit. Mit einem veritablen Generationenwechsel im Kantonsrat und einem Wechsel an der Spitze der Parteiführung signalisierte die Volkspartei aber auch klar ihren Willen, die Zukunft mutig anzupacken und mitzugestalten.



Über 200 Gäste feierten im Festsaal in Pfäffikon ZH mit.



RR-Präsident Mario Fehr



Präsidentin Marianne Streiff



Frühling im EVP-CD



Veritabler Generationenwechsel im Kantonsrat Zürich



Übergabe im Führerstand: Johannes Zollinger übergibt das Präsidium der EVP Kanton Zürich an Hanspeter Hugentobler.



Das fägt: Die junge Generation drängt in den Führerstand.



Der Neue gibt das Signal zur Abfahrt ins neue EVP-Jahrhundert.

## EVP KANTON ZÜRICH

### VON PETER SCHÄPPI

[schaepi-fam@bluewin.ch](mailto:schaepi-fam@bluewin.ch)

gegründet 1917  
Präsident:  
Hanspeter Hugentobler  
Geschäftsführer:  
Peter Reinhard  
Nationalrätin: Maja Ingold  
Regierungsrat: noch offen  
Kantonsrat 8 Mitglieder:

Markus Schaaf (Fraktions-  
chef), Nik Gugger, Hanspeter  
Hugentobler, Walter Meier,  
Beat Monhart (nachge-  
rückt für Gerhard Fischer),  
Tobias Mani (für Johannes  
Zollinger), Daniel Sommer,  
Mark Wisskirchen (für Peter  
Reinhard)

Fotos: Peter Ritschard, Mirjam Fisch

NR° 2  
April 2017

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.  
3001 Bern



## FÜR KURZENTSCHLOSSENE I – KADERTAG 2017



Foto: zVg

Jetzt noch anmelden  
bis zum 10. Mai  
unter: [evppev.ch/kadertag!](http://evppev.ch/kadertag)

## PERSPEKTIVEN STATT ANGST

Am Samstag, 13. Mai lädt die EVP Schweiz unter dem Motto «Perspektiven statt Angst» zu ihrem diesjährigen Kadertag ins Bundeshaus ein. Impulsreferate, eine Podiumsdiskussion und praxisnahe Arbeitsgruppen zu Themen vom Parteaufbau über Rhetoriktipps bis hin zur Motivation für Politik stellen

die zentrale Frage ins Zentrum: Wie kann die EVP Hoffnung und Perspektiven in die Schweizer Politik bringen? Mit dabei: Manuel Sager, Direktor des DEZA, Andreas M. Walker, Zukunftsforscher, Marianne Streiff, Parteipräsidentin EVP, u.a.m. Eingeladen sind Mitglieder des Zentralvorstands und alle ihre Parlamentsmitglieder in Bund,

Kantonen und Gemeinden, Behörden- und Kommissionsmitglieder, Gemeindeexekutivmitglieder sowie alle ihre Kantonal-, Regional- und Ortsparteivorstandsmitglieder ebenso ihre potenziellen Kaderpersonen (zum Beispiel Kandidierende). Unbedingt noch anmelden bis zum 10. Mai unter: [evppev.ch/kadertag](http://evppev.ch/kadertag).

## FÜR KURZENTSCHLOSSENE II – KMU-FORUM



Foto: jobfactory ag

## PROFIT ODER MORAL?

Das KMU-Forum 2017 findet am Freitag, 5. Mai unter dem Motto «Je mehr Ethik, desto mehr Wandel – Ethisches Unternehmertum als Perspektive für die Wirtschaft» statt. Gastgeber ist die Job Factory Basel AG. Neben einer Führung durch das Unternehmen und Plenumsreferaten erwarten Sie wieder wertvolle Best-Practice- Erfahrungen aus

erster Hand. Mit dabei: Ludwig Gärtner, Stv. Direktor Bundesamt für Sozialversicherungen, Samuel Schmid, CEO GEWA, Robert Roth, Geschäftsführer Jobfactory, Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff, Nik Gugger, des. Nationalrat ZH, Markus Wenger, Grossrat. Anmelden bis 2.5. unter: [evppev.ch/kmu-forum](http://evppev.ch/kmu-forum)

## IN EIGENER SACHE

### MACH MIT! NR. 2

Du schreibst gerne und gut, vielleicht schon länger für deine Parteizeitung oder die regionalen und lokalen Zeitungen in deiner Umgebung? Du findest es spannend, was deine EVP-Sektion kantonal so alles auf die Beine stellt? Und auch sonst lassen dich Themen, die Politik und Gesellschaft bewegen, nicht kalt? Dann melde dich unbedingt bei [dirk.meisel@evppev.ch](mailto:dirk.meisel@evppev.ch) oder 079 193 12 70. Wir vergrössern unser Redaktionsteam fürs AKZENTE. Bist du dabei? 4-5 Treffen pro Jahr und ansonsten: Schreiben, bis die Feder raucht!